

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|--|--|
| 45. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 27. Februar 2022 - Kundmachung der Wahlausschreibung und Einrichtung der Wahlbehörden | ungs- und Ausgleichsabgabengesetz |
| 46. Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 | 49. Novelle zum Gemeinde-Personalvertretungsgesetz |
| 47. Auslaufen der Ausnahme von der Bewilligungspflicht für bestehende Kleinabwasserreinigungsanlagen | 50. Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2021 |
| 48. Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließ- | 51. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2021 |
| | <i>Verbraucherpreisindex für September 2021 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

45.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 27. Februar 2022 Kundmachung der Wahlausschreibung und Einrichtung der Wahlbehörden

Kundmachung der Wahlausschreibung

Den ersten Akt der Wahl stellt die Kundmachung der Wahlausschreibung dar. Die Tiroler Landesregierung hat am 6. April 2021 beschlossen, die nächsten allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen für alle Gemeinden Tirols mit Ausnahme der Stadt Innsbruck auf Sonntag, den 27. Februar 2022, auszuschreiben.

(Anmerkung: Aufgrund der Vereinigung der MG Matrei a. Br. und der Gemeinden Mühlbachl und Pfons mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2022 ist für die neue Gemeinde Matrei a. Br. eine gesonderte Ausschreibung der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen durch die Bezirkshauptmannschaft erforderlich. Durch die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates in der Gemeinde Wängle, wurde für diese ein eigener Wahltermin festgelegt.)

Als **Stichtag** wurde der **15. Dezember 2021** bestimmt.

Die Kundmachung der Wahlausschreibung im Landesgesetzblatt für Tirol wird am **Mittwoch, den 24. November 2021**, erfolgen. Unmittelbar nach der

Kundmachung der Wahlausschreibung im Landesgesetzblatt für Tirol ist diese auch von den Gemeinden durch öffentlichen Anschlag kundzumachen (siehe Formular in der Wahlanwendung).

Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden

Nach der Kundmachung der Wahlausschreibung sind die örtlichen Wahlbehörden zu bilden. Örtliche Wahlbehörden stellen die Gemeindewahlbehörde, die Sprengelwahlbehörde(n) und die Sonderwahlbehörde(n) dar.

a) Gemeindewahlbehörde

In jeder Gemeinde ist eine Gemeindewahlbehörde zu bilden. Die Gemeindewahlbehörde besteht aus dem Bürgermeister oder einem von ihm zu bestellenden ständigen Vertreter als Vorsitzenden und Gemeindewahlleiter und mindestens drei und höchstens acht Beisitzern. Bestellt der Bürgermeister einen ständigen Vertreter als Vorsitzenden und Gemeindewahlleiter so hat die Bestellung bis spätestens

3. Dezember 2021 zu erfolgen. Bis zu dieser Frist ist auch der Stellvertreter des Vorsitzenden der Gemeindegewahlbehörde vom Bürgermeister zu bestellen. Die Anzahl der Beisitzer der Gemeindegewahlbehörde ist vom Gemeinderat unter Berücksichtigung der verhältnismäßigen Stärke der Gemeinderatsparteien aufzuteilen.

Wie bereits ausgeführt, stellt die Wahlausschreibung den ersten Akt dar. Allerdings führte der Verfassungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 14.12.2004, VfSlg. 17.418, aus, dass keine gesetzliche Regelung bestehe, der zu Folge der Beschluss des Gemeinderates gemäß § 17 Abs. 1 TGWO („Aufteilung der Beisitzer auf die Parteien“) betreffend die Anzahl der Beisitzer nicht schon vor der Kundmachung der Wahlausschreibung erfolgen darf.

Die Gemeinderatsparteien haben bis spätestens **6. Dezember 2021** die auf sie entfallenden **Beisitzer und Ersatzmitglieder** der Gemeindegewahlbehörde dem Gemeindegewahlleiter namhaft zu machen. Es können nur jene Personen namhaft gemacht werden, welche zum Gemeinderat wahlberechtigt sind. Die **Bestellung** der Beisitzer durch den Gemeindegewahlleiter hat bis zum **8. Dezember 2021** zu erfolgen.

Die **Gemeindegewahlbehörde** hat spätestens am **22. Dezember 2021** die **konstituierende Sitzung** abzuhalten.

b) Sprengelwahlbehörde(n)

Grundsätzlich bildet jede Gemeinde einen Wahlsprengel. Um den Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern, kann die Gemeindegewahlbehörde in Gemeinden mit mehr als 500 Wahlberechtigten oder mit größerer räumlicher Ausdehnung mehrere Wahlsprengel bilden. Ein Wahlsprengel darf in der Regel nicht weniger als 30 und nicht mehr als 1.000 Wahlberechtigte umfassen. Um den Wahlberechtigten, die in Anstalten, Heimen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind in welchen eine **größere Anzahl** von Personen mit Hauptwohnsitz gemeldet ist, die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern, kann die Gemeindegewahlbehörde für den örtlichen Bereich der genannten Anstalten, Heime und Einrichtungen einen oder mehrere Wahlsprengel bilden. Hierbei kann eine Sprengelwahlbehörde mit der Durchführung der

Wahlhandlungen in mehreren Wahlsprengeln betraut werden. Ist davon auszugehen, dass in Anstalten, Heimen oder ähnlichen Einrichtungen insgesamt mindestens 30 Stimmen zur Auswertung gelangen werden, ist die Bildung eines besonderen Wahlsprengels verpflichtend.

Ist die Gemeinde in mehrere Wahlsprengel eingeteilt, so ist für jeden Wahlsprengel eine Sprengelwahlbehörde zu bilden. Die Sprengelwahlbehörde besteht aus einem Sprengelwahlleiter und drei Beisitzern. Für den Sprengelwahlleiter ist ein Stellvertreter zu bestellen. Der **Sprengelwahlleiter und sein Stellvertreter** sind vom **Bürgermeister** jedenfalls bis zum **22. Dezember 2021** zu bestellen.

c) Sonderwahlbehörde(n)

In jeder Gemeinde ist zudem eine Sonderwahlbehörde für die Ausübung des Wahlrechtes durch Wahlberechtigte, denen es aus Alters-, Krankheits- oder ähnlichen Gründen nicht möglich ist, ihr Wahlrecht in einem Wahllokal auszuüben, zu bilden. Die Sonderwahlbehörde besteht aus dem Leiter der Sonderwahlbehörde und drei Beisitzern. Für den Leiter der Sonderwahlbehörde ist ein Stellvertreter zu bestellen. Der **Leiter der Sonderwahlbehörde und sein Stellvertreter** sind vom **Bürgermeister** bis zum **22. Dezember 2021** zu bestellen.

d) Beisitzer und Ersatzmitglieder der Sprengel- und Sonderwahlbehörde(n)

Die **Beisitzer und Ersatzmitglieder der Sprengel- und Sonderwahlbehörde(n)** sind bis spätestens 22. Dezember durch die Gemeinderatsparteien **namhaft** zu machen und spätestens bis zum **24. Dezember 2021** vom Gemeindegewahlleiter **zu bestellen**.

Die Sprengel- und Sonderwahlbehörden haben sich rechtzeitig vor der Aufnahme ihrer Tätigkeit zu konstituieren.

Sonderbestimmungen zu COVID-19

Aufgrund der derzeitigen epidemiologischen Lage wird auf Folgendes hingewiesen:

Mit dem Tiroler Wahlanpassungsgesetz 2020, LGBL. Nr. 68/2020, sowie mit dem 2. Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz, LGBL. Nr. 116/2020, wurden in die TGWO 1994 Bestimmungen aufgenommen, die der Vorsorge für besondere Vorkommnisse bei der Wahldurchführung dienen sollen.

Unter anderem ist im - neu angefügten - § 11 Abs. 9

TGWO 1994 vorgesehen, dass die **Wahlbehörden** während der zur Verhinderung der Verbreitung einer Epidemie oder Pandemie bestehenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte nach Sitzungen unter Verwendung vorhandener technischer Einrichtungen zur Wort- und Bildübertragungen **in Form einer Videokonferenz durchführen**, sofern diese **Sitzungen** nicht der Prüfung bzw. Zulassung von Wahlvorschlägen, der Abwicklung der Urnenwahl, der Ermittlung des Wahlergebnisses oder in sonstiger Weise unmittelbar der Sicherung der Wahlgrundsätze dienen.

Im Fall der Durchführung einer Sitzung in Form einer Videokonferenz

- a) gelten die per Video zugeschalteten Mitglieder als anwesend und nehmen an der Abstimmung in der Weise teil, dass sie ihre Stimme nach persönlichem Aufruf durch den Vorsitzenden mündlich abgeben,
- b) ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass den per Video zugeschalteten Mitgliedern die Tagesordnung und die für die Beratung und Beschlussfassung erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen,
- c) sind in der Niederschrift die Namen der persönlich anwesenden und der per Video zugeschalteten Mitglieder entsprechend festzuhalten,
- d) können auch sonstige Personen, die der Sitzung beigezogen werden, per Video zugeschaltet werden,
- e) ist das Gelöbnis strenger Unparteilichkeit und gewissenhafter Erfüllung der Amtspflicht nicht in die Hand des Vorsitzenden abzulegen, sondern durch das

Heben der rechten Hand zu bekräftigen.

Die Abhaltung der Sitzung in Form einer Videokonferenz ist bei allen vorbereitenden Sitzungen der Wahlbehörden, etwa solchen, in denen Entscheidungen über Details der Wahldurchführung wie etwa die Festlegung der Wahlzeiten und der Verbotszonen, getroffen werden, jedenfalls unproblematisch (diese Sitzungen dienen auch nicht unmittelbar der Sicherung der Wahlgrundsätze).

Auch konstituierende Sitzungen können grundsätzlich auf diesem Weg durchgeführt werden, wobei das Gelöbnis strenger Unparteilichkeit und gewissenhafter Erfüllung der Amtspflicht von den Mitgliedern der betreffenden Wahlbehörde diesfalls naturgemäß nicht in die Hand des Vorsitzenden abgelegt werden kann; als Ersatz für den das zu leistende Gelöbnis bekräftigenden Handschlag ist daher das Heben der rechten Hand vorgesehen.

Hinweise:

Der **Wahlkalender** wurde nochmals am **21.10.2021** aktualisiert und kann auf der **Webseite des Landes Tirol, Abteilung Gemeinden** (<https://www.tirol.gv.at/abteilung-gemeinden/gemeinderats-und-buergermeisterwahlen-2022/>), abgerufen werden.

In der Wissensdatenbank der Gemeindeanwendung finden sich die häufig bei den Informationsveranstaltungen zu den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen gestellte Fragen (FAQs) und die dort verwendeten PowerPoint-Folien: <https://sp.tirol.gv.at/tirol.gv.at/dvtwiki/pages/viewpage.action?pageId=281349215> (Link ab 19.11.2021 aktiv)

46.

Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung am 06.10.2021 die Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 beschlossen. Diese Novelle beinhaltet folgende Änderungen:

1. Anpassungen in Bezug auf die Vereinigung von Gemeinden aus Anlass der Vereinigung der Marktgemeinde Matrei am Brenner und der
2. Gemeinden Mühlbachl und Pfnos
3. Möglichkeit eines vorübergehenden Verzichts auf die Ausübung des Amtes als Bürgermeisterin und Bürgermeister aus Anlass der Geburt oder Adoption eines Kindes
4. Aufnahme von Bestimmungen über Organe der öffentlichen Aufsicht
5. Sonstige Änderungen

A) Gemeindevereinigung:

Eine Vereinigung von Gemeinden führt dazu, dass die sich vereinigenden Gemeinden untergehen und an deren Stelle eine neue Gemeinde tritt. Der **Untergang der bisherigen Gemeinden** bewirkt einerseits das Erlöschen aller **Mandate und auch der Ämter** (Bürgermeister, Mitglieder des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse, Ortsvorsteher und Ortsausschuss) und andererseits den Untergang aller von den bisherigen Gemeinden im **eigenen Wirkungsbereich erlassenen Verordnungen**.

1) Bestellung und Aufgaben des Amtsverwalters:

Damit die neue Gemeinde ab dem Wirksamwerden der Vereinigung bis zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates handlungsfähig ist, hat die Landesregierung einen **Amtsverwalter** und zu dessen Beratung einen **Beirat** so rechtzeitig zu bestellen, dass diese ihre Tätigkeit mit dem Wirksamwerden der Vereinigung aufnehmen können. Da es sich beim Amtsverwalter um ein nicht unmittelbar demokratisch legitimiertes Verwaltungsorgan handelt, wird seine **Tätigkeit** grundsätzlich auf die **laufenden und unaufschiebbaren Angelegenheiten** beschränkt. Der Amtsverwalter ist ermächtigt, um einen **Schaden** von der Gemeinde **abzuwenden, Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich** zu erlassen und diese **rückwirkend**, frühestens jedoch mit dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Vereinigung, in Kraft zu setzen.

Die Erlassung von **Verordnungen über Abgaben, Gebühren oder sonstige Geldleistungen darf zudem zu keiner außergewöhnlichen Erhöhung** gegenüber jenen Beträgen führen, die in den Verordnungen der Gemeinden vor der Vereinigung in Kraft waren. Eine derartige außergewöhnliche Erhöhung würde jedenfalls dann vorliegen, wenn diese mehr als 20 v.H. von der bisherigen Höhe betragen würde.

Der Amtsverwalter ist weiters dazu ermächtigt, die **Rechnungsabschlüsse** der bisherigen Gemeinden und der aufgrund der Vereinigung untergegangenen Gemeindeverbände längstens bis **31. März** festzusetzen. Diese Regelung ist deshalb notwendig, da bei einer Vereinigung von Gemeinden wegen des Unterganges der bisherigen Gemeinden ein regulärer Rechnungsabschluss nach § 108 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 im Jahr des Wirksamwerdens der Vereinigung für das abgelaufene Finanzjahr nicht festgesetzt werden kann.

2) Beirat:

Zur Beratung des Amtsverwalters hat die Landesregierung einen **Beirat zu bestellen**. Dem Beirat haben die **Bürgermeister der bisherigen Gemeinden** anzugehören und hat zudem jeder Gemeinderat der bisherigen Gemeinden das Recht, **eine weitere Person** als Mitglied des Beirates **vorzuschlagen**.

3) Weiterführung der Bezeichnung als „Stadtgemeinde“ bzw. „Marktgemeinde“:

Bei einer Vereinigung von Gemeinden soll die Bezeichnung „Stadtgemeinde“ bzw. „Marktgemeinde“ **nicht mehr durch Verleihung** samt Kundmachung erfolgen, sondern **kraft Gesetzes** auf die neue Gemeinde **übergehen**, wenn vor der Vereinigung eine der vereinigten Gemeinden eine solche Bezeichnung geführt hat. Bei der Vereinigung einer Stadtgemeinde mit einer Marktgemeinde soll die neue Gemeinde die Bezeichnung „Stadtgemeinde“ führen.

4) Gemeindewappen:

Eine weitere Regelung bestimmt, dass Gemeindewappen von Gemeinden bei Vereinigung nach § 4 und Teilung bzw. Aufteilung nach § 5 **untergehen**.

5) Voranschlag:

Im Fall einer Vereinigung von Gemeinden gelten die Bestimmungen über das **Voranschlagsprovisorium nach § 94 Abs. 1 sinngemäß** bis zum Ablauf des **ersten Halbjahres**. Dem Amtsverwalter bzw. dem neu gewählten Bürgermeister wird es dadurch länger ermöglicht, bestehende Verpflichtungen zu erfüllen bzw. Abgaben und Entgelte einzubringen, zu deren Erhebung die Gemeinde berechtigt ist. Dadurch soll die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde sichergestellt werden. Der neu gewählte Gemeinderat hat somit bis spätestens 30. Juni des Finanzjahres, in welchem die Vereinigung wirksam wird einen Voranschlag zu beschließen.

6) Eröffnungsbilanz:

Die neue Gemeinde hat zum Stichtag 1. Jänner des Finanzjahres, in dem die Vereinigung wirksam wird, eine **Eröffnungsbilanz** nach der Gliederung der Anlage 1c (Vermögenshaushalt) der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015, in der sämtliche Vermögensgegenstände, Fremdmittel, Investitionszuschüsse und Nettovermögenspositionen der

untergegangenen Gemeinden darzustellen sind, zu erstellen. Diese Eröffnungsbilanz ist sodann vom neu gewählten Gemeinderat bis **spätestens 30. Juni** zu beschließen.

B) Vorübergehender Amtsverzicht als Bürgermeisterin und Bürgermeister aus Anlass der Geburt oder Adoption eines Kindes (§ 26 Abs. 2 bis 5):

Mit dieser Neuregelung wird Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erstmals der **vorübergehende Verzicht** auf die Ausübung des Amtes aus Anlass der **Geburt oder Adoption** eines Kindes ermöglicht.

1) Dauer:

a) bei Geburt:

Die Bürgermeisterin, die ein Kind erwartet, kann für einen Zeitraum von **frühestens acht Wochen** vor der voraussichtlichen Entbindung **bis längstens zum Ablauf des ersten Lebensjahres** des Kindes vorübergehend auf die Ausübung ihres Amtes verzichten.

Ebenso kann der Bürgermeister für den Zeitraum von der **Geburt bis zum Ablauf des ersten Lebensjahres** seines Kindes, wenn er mit dem Kind im **gemeinsamen Haushalt** lebt und der **andere Elternteil nicht gleichzeitig Karenzurlaub** in Anspruch nimmt, auf die Ausübung seines Amtes vorübergehend verzichten.

b) bei Adoption:

Ein vorübergehender Verzicht auf die Ausübung des Amtes ist für die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister für den Zeitraum **von der Adoption** eines Kindes **bis zum Ablauf des ersten Lebensjahres** des Kindes möglich, wenn die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister mit dem Kind im **gemeinsamen Haushalt** lebt und der **andere Elternteil nicht gleichzeitig Karenzurlaub** in Anspruch nimmt.

2) Erklärung:

Der vorübergehende Verzicht auf die Ausübung des Amtes bedarf der **schriftlichen Erklärung** gegenüber dem (ersten) Bürgermeister-Stellvertreter. Die Erklärung hat den Beginn und die beabsichtigte Dauer des vorübergehenden Verzichts auf die Ausübung des Amtes anzugeben. Die Erklärung ist **spätestens einen Monat** vor dem beabsichtigten Beginn beim Gemeindeamt einzubringen. Ihr schriftlicher Widerruf ist jederzeit

zulässig. Wird in der Erklärung nicht der gesamte Zeitraum eines Karenzurlaubes in Anspruch genommen, so besteht die **Möglichkeit**, die Dauer des Karenzurlaubes **einmal**, höchstens jedoch bis zum Ablauf des möglichen Zeitraumes, zu **verlängern**.

3) Vertretung für die Zeit des Verzichts:

Für die Zeit des vorübergehenden Amtsverzichts der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters ist die **Vertretung** der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters durch **den (ersten) Bürgermeister-Stellvertreter** vorgesehen.

C) Organe der öffentlichen Aufsicht (Abschnitt 2a.):

Aufgrund der von den Gemeinden, zuletzt auch im Zusammenhang mit der vom Landtag beschlossenen Novelle zum Landes-Polizeigesetz, LGBL. Nr. 5/2020, immer wieder geäußerten Probleme bei der Vollziehung von Bestimmungen dieses Gesetzes wurden in Anlehnung an die §§ 38a bis 38d des Innsbrucker Stadtrechtes 1975 auch in die Tiroler Gemeindeordnung 2001 Bestimmungen über Organe der öffentlichen Aufsicht aufgenommen. Die Organe der öffentlichen Aufsicht sind mit Befugnissen ausgestattet, die eine effiziente Strafverfolgung gewährleisten sollen. Sie sind zur **Mitwirkung an der Vollziehung von ortspolizeilichen Verordnungen in Unterstützung des Bürgermeisters als Verwaltungsstrafbehörde** befugt. Zusätzlich können die Organe der öffentlichen Aufsicht in **Unterstützung der Bezirkshauptmannschaften als Verwaltungsstrafbehörden** an der Vollziehung des Landes-Polizeigesetzes in den Bereichen der Lärmerregung und des Haltens und Führens von Hunden und der Vollziehung des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016, LGBL. Nr. 101, im Bereich der **Freizeitwohnsitze** mitwirken.

1) Bestellung von Gemeindeaufsichtsorganen durch den Bürgermeister

Da die Organe der öffentlichen Aufsicht an der Vollziehung ortspolizeilicher Verordnungen der Gemeinde mitwirken und der Bürgermeister dafür zuständige Verwaltungsstrafbehörde ist, obliegt diesem auch die Bestellung der Organe der öffentlichen Aufsicht, als dessen Hilfsorgane diese tätig sind. Die Bestellung erfolgt **befristet auf fünf Jahre**, wobei die **Möglichkeit zur - auch wiederholten - Wiederbestellung** besteht.

a) Voraussetzungen für die Bestellung zu Gemeindeaufsichtsorganen

Zu Aufsichtsorganen dürfen erstmalig nur Personen bestellt werden, die

- die **österreichische Staatsbürgerschaft** besitzen,
- **volljährig** und **entscheidungsfähig** sowie **verlässlich**, **körperlich** und **geistig geeignet** sind,
- einen **Ausbildungslehrgang** besucht haben bzw. über eine **gleichwertige Ausbildung** oder **Qualifikation** verfügen und damit über die **erforderlichen Kenntnisse** verfügen und
- ihrer Bestellung **zustimmen**.

Die erforderlichen Kenntnisse sind dem Bürgermeister anlässlich einer mündlichen Befragung nachzuweisen. Das Aufsichtsorgan hat vor dem Bürgermeister die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben zu geloben. Die Angelobung bildet neben der Bestellung einen wesentlichen Akt zur Erlangung der Stellung als Organ der öffentlichen Aufsicht und ist Voraussetzung für die Wirksamkeit der Bestellung.

b) Befugnisse der Gemeindeaufsichtsorgane

Die Befugnisse der Organe der öffentlichen Aufsicht umfassen die **Mitwirkung an der Vollziehung der ortspolizeilichen Verordnungen** in Verbindung mit § 18 Abs. 2 TGO durch Überwachung ihrer Einhaltung und Vorbeugemaßnahmen gegen drohende Verwaltungsübertretungen und Maßnahmen, die für die Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren erforderlich sind.

Die angesprochenen **Vorbeugemaßnahmen** können etwa in einer entsprechenden Information und Belehrung von Personen bestehen, zumal davon ausgegangen werden kann, dass bereits allein durch das Auftreten des Organs, durch Information, Belehrung oder besänftigendes Einwirken Verwaltungsübertretungen verhindert werden können. Die Ausübung behördlichen Zwanges ist damit keinesfalls verbunden.

Zudem darf das Aufsichtsorgan in Ausübung des Dienstes Personen, die es bei der Übertretung einer ortspolizeilichen Verordnung auf frischer Tat betritt, **kurzfristig anhalten**, zum **Nachweis der Identität auffordern** und dem **Bürgermeister anzeigen**. Die Befugnisse zur Anhaltung zum Zweck der Identitätsfeststellung erschöpfen sich im Wesentlichen in der Aufforderung, stehen bzw. da zu bleiben und sich an Ort und Stelle der weiteren Amtshandlung zu

unterziehen. Die mit der Identitätsfeststellung verbundene kurzfristige Anhaltung vor Ort gilt nach ständiger Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes noch nicht als Eingriff in das Grundrecht auf persönliche Freiheit. Sie ist daher auch nicht als Festnahme zu qualifizieren. Eine - über eine solche Anhaltung hinausgehende - Befugnis zur Festnahme wird den Organen der öffentlichen Aufsicht ausdrücklich nicht eingeräumt.

Der Bürgermeister kann Aufsichtsorgane zur Erlassung von **Organstrafverfügungen** nach § 50 Abs. 1, 2 und 8 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991, BGBl. Nr. 52, ermächtigen.

c) Dienstausweis und Dienstabzeichen

Dem Aufsichtsorgan ist ein Dienstabzeichen und ein Dienstausweis auszufolgen, deren Inhalt und Form durch Verordnung der Landesregierung zu regeln sind.

d) Erlöschen der Bestellung

Die Bestellung zum Aufsichtsorgan erlischt mit dem Tod, dem Widerruf der Bestellung, dem Verzicht auf das Amt oder Zeitablauf, sofern keine Wiederbestellung erfolgt. Die Gemeinde hat die Verpflichtung die Bezirkshauptmannschaft vom Erlöschen der Bestellung in Kenntnis zu setzen, wenn das Aufsichtsorgan zusätzlich durch die Bezirkshauptmannschaft bestellt wurde.

e) jährlicher Bericht

Der Bürgermeister hat einen jährlichen Bericht über die Tätigkeit der Aufsichtsorgane anonymisiert zu erstellen und ist dieser auf der Internetseite der Gemeinde zu veröffentlichen.

2) Bestellung von Gemeindeaufsichtsorganen durch die Bezirkshauptmannschaft

Ein vom Bürgermeister bestelltes Organ der öffentlichen Aufsicht **kann zusätzlich die Bezirkshauptmannschaft als zuständige Verwaltungsstrafbehörde** bei der Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen

- von Bestimmungen über die Hundehaltung (§ 8 Abs. 1 lit. d, e und f und Abs. 2 des Landespolizeigesetzes),
- von einer Gemeinde im Zusammenhang mit der Abwehr von störendem Lärm oder dem Halten und Führen von Hunden (§§ 2 und 6a Abs. 2a des

Landes-Polizeigesetzes) erlassenen Verordnungen, und

- wegen Übertretungen betreffend Freizeitwohnsitze nach § 13a des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 unterstützen.

Daher ist die **(zusätzliche) Bestellung durch die Bezirkshauptmannschaft** vorgesehen, wobei eine solche **Bestellung nur auf Antrag der Gemeinde** erfolgt. Eine ausdrückliche Befristung der Bestellung ist wegen des Konnexes zur Bestellung durch den Bürgermeister nicht erforderlich.

Das Vorliegen der entsprechenden Kenntnisse der zu handhabenden Rechtsvorschriften ist in diesem Fall von der Bezirkshauptmannschaft durch Befragung festzustellen.

Zudem sind die bestellten Organe anzugeloben und ist Ihnen von der Bezirkshauptmannschaft ein **Dienstausweis** auszufolgen; ein eigenes Dienstabzeichen ist hingegen nicht vorgesehen.

Die Befugnisse decken sich mit jenen als Gemeindeaufsichtsorgan. Zudem kann die Bezirkshauptmannschaft Aufsichtsorgane zur Erlassung von **Organstrafverfügungen** nach § 50 Abs. 1, 2 und 8 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991, BGBl. Nr. 52, ermächtigen, wobei eine solche Ermächtigung im Zusammenhang mit Verwaltungsübertretungen betreffend Freizeitwohnsitze nach § 13a des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 nicht in Betracht kommt.

Der erforderliche **Ausbildungslehrgang** muss vor der Bestellung zum Organ der öffentlichen Aufsicht absolviert werden. Diesbezüglich ist im Jänner 2022 ein Lehrgang am Bildungsinstitut Grillhof geplant. Eine entsprechende Information mit dem detaillierten Programm wird demnächst seitens des Grillhofs erfolgen.

Die Tätigkeit als Aufsichtsorgan **setzt keine Anstellung** bei der Gemeinde voraus. Die dienstrechtliche Komponente ist daher gesondert von den vorstehenden Bestimmungen der TGO zu betrachten.

D) Sonstige Änderungen:

§ 18 Abs. 3:

Mit dieser Bestimmung wird im Fall der Ausstellung einer

Organstrafverfügung, zu der die Organe der öffentlichen Aufsicht vom Bürgermeister ermächtigt werden können, deren Höhe mit 40,- Euro bestimmt.

Zu § 24 Abs. 3 bis 5:

Mitgliedern von Gemeinderatsparteien, die aufgrund ihrer Mandatsstärke nicht in den Ausschüssen vertreten sind, wird die Teilnahme an Ausschusssitzungen ermöglicht. Ein Frage- oder Rederecht kommt diesen Personen jedoch nur zu, wenn dies der jeweilige Ausschuss beschließt.

Zu § 36 Abs. 1:

Es wird eine Bestimmung aufgenommen, wonach die Veröffentlichung von Aufnahmen der Übertragungen von öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates auf der Internetseite der Gemeinde bis zum Ablauf der nächsten Funktionsperiode des Gemeinderates zulässig ist.

Zu den § 46 Abs. 4 zweiter Satz und Abs. 5 dritter Satz, § 48 Abs. 7, § 135 Abs. 3:

Mit diesen Änderungen wird eine Ergänzung dahingehend vorgenommen, dass die Niederschriften der Sitzungen des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse allen Mitgliedern des Gemeinderates zu übermitteln sind. Niederschriften über Sitzungen der Gemeindeverbandsversammlungen sind an die Gemeinden des Gemeindeverbandes zu übermitteln und vom jeweiligen Bürgermeister den Gemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Zu § 63 Abs. 1 und 2:

Die Frist zur Ausschreibung von Volksbefragungen wird von einer Woche auf drei Wochen verlängert und ist die Durchführung einer solchen nicht mehr an einem anderen öffentlichen Ruhetag, sondern nur mehr an einem Sonntag möglich.

Zu § 66 Abs. 3:

Die Frist, die es der Landesregierung ermöglicht, den Zeitraum, bis zu dem die Verpflichtung zur Durchführung einer Gemeindeversammlung nicht besteht, wird bis zum 31. Dezember 2022 erstreckt.

Zu § 67:

Dabei erfolgt eine Ergänzung dahingehend, dass Petitionen, die von mindestens 10 v.H. der Stimmberechtigten unterstützt werden, binnen drei

Monaten nach deren Einlangen im Gemeindeamt einer Behandlung im Gemeinderat zuzuführen sind.

Zu § 93 Abs. 6:

Diese Regelung normiert die Verpflichtung der Gemeinde, die im § 5 der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 genannten Bestandteile des Voranschlags barrierefrei und ohne Angabe schützenswerter personenbezogener Informationen auf der Internetseite der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

Zu § 115 Abs. 2:

Die Einbringung einer schriftlichen Aufsichtsbeschwerde

ist nicht nur bei der jeweiligen Gemeinde, sondern auch direkt bei der zuständigen Aufsichtsbehörde möglich.

Zu § 129 Abs. 8:

Die Kundmachung des Untergangs eines Gemeindeverbandes aufgrund einer Vereinigung von Gemeinden nach § 4 hat in gleicher Weise zu erfolgen wie die Kundmachung der Verordnung, mit der die Vereinbarung über seine Bildung genehmigt worden ist.

Zu § 143:

Diese Bestimmung wird durch die Aufnahme der Bestellung von Organen der öffentlichen Aufsicht durch den Bürgermeister ergänzt.

47.

Auslaufen der Ausnahme von der Bewilligungspflicht für bestehende Kleinabwasserreinigungsanlagen

Der Schutz unserer wertvollen Wasserressourcen und die Reinhaltung von Grund- und Oberflächenwässern ist ein klar definierter rechtlicher und gesellschaftspolitischer Grundsatz in unserem Land. Aus diesem Grund war und ist die Errichtung und Erhaltung der öffentlichen Kanalisation und der Abwasserreinigungsanlagen eine der wesentlichen Aufgaben der Gemeinden. In diesem Bereich wurde daher in den letzten Jahrzehnten enorm viel investiert wobei Land und Bund dafür große Summen an Fördermitteln zur Verfügung gestellt haben.

Bisher bestand gemäß der Verordnung des Landeshauptmannes vom 24. November 2015 LGBL. Nr. 122/2015 betreffend die Verlängerung der Ausnahme von der Bewilligungspflicht für Altanlagen die vor dem 1. Juli 1990 bestanden haben eine befristete wasserrechtliche Bewilligungsfreistellung.

Zweck der Befristung war unter anderem die Einräumung einer angemessenen Zeitspanne für die Anpassung von Altanlagen, bei denen kein Anschluss an eine Kanalisation zu erwarten ist.

Diese Frist der Bewilligungsfreistellung endet nunmehr am **22. Dezember 2021**. Eine weitere Verlängerung dieser bundesgesetzlichen Frist gemäß § 33g Wasserrechtsgesetz ist nicht möglich!!!

Es wird daher einerseits an die Gemeinden appelliert, die noch fehlenden Bauabschnitte der Gemeindekanalisation in den in der gegenständlichen Verordnung des Landeshauptmannes genannten Siedlungsgebieten möglichst rasch zu realisieren.

Andererseits ersuchen wir sie auf die betroffenen Gemeindebewohner, die solche Altanlagen derzeit noch bewilligungsfrei betreiben, zuzugehen und sie über ihre Verpflichtung zur Errichtung einer ordnungsgemäßen, bewilligungsfähigen Abwasserentsorgung zu informieren. Die jeweiligen EigentümerInnen solcher Anlagen müssen nach Verstreichen dieser Frist auf Grundlage entsprechender Plan- und Beschreibungsunterlagen eines Fachkundigen um eine wasserrechtliche Bewilligung bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft ansuchen.

Eine Bewilligung kann in weiterer Folge von der Wasserrechtsbehörde grundsätzlich nur dann erteilt werden, wenn die gegenständliche Anlage dem Stand der Technik entspricht.

*Dr. Wolfgang Nairz
Abt. Wasser-, Forst- und Energierecht*

48.

Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetz

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 6. Oktober 2021 eine Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetz beschlossen.

1. Begriffliche Anpassungen:

Das Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetz - TVAG wurde letztmalig durch das Gesetz LGBL. Nr. 138/2019 geändert. Seither wurden sowohl in der Tiroler Bauordnung 2018 - TBO 2018 als auch im Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 - TROG 2016 mehrere Änderungen vorgenommen, die Anpassungen im TVAG erforderlich machten. Ebenso wurde in diesem Zuge die Aktualisierung des Verweises auf das nunmehrige Tiroler Elektrizitätsgesetz 2012 vorgenommen.

a) Wohnanlage:

Durch die Änderung des Begriffes der Wohnanlage nach § 2 Abs. 5 TBO 2018 dahingehend, dass nun Gebäude mit mehr als sechs Wohnungen als solche anzusehen sind, wurde die Definition in § 2 Abs. 8 TVAG sowie die in § 25 Abs. 1 lit. a TVAG enthaltene Anknüpfung betreffend die Ausgleichsabgabe für Spielplätze angepasst.

b) Weideunterstände, Weidezelte, Hagelschutznetze:

Durch die Novelle zum Tiroler Raumordnungsgesetz 2016, LGBL. Nr. 110/2019, wurden Weideunterstände bzw. -zelte sowie Hagelschutznetze zusätzlich in den Katalog der im Freiland zulässigen Bauvorhaben nach § 41 Abs. 2 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 eingefügt. Diese gelten nunmehr so wie ortsübliche Städel in Holzbauweise, Bienenhäuser in Holzbauweise, Jagd- und Fischereihütten und Kapellen nicht als Gebäude im Sinn des TVAG.

2. Erschließungsbeitragssatz:

Der Erschließungsbeitragssatz wurde von 5 v.H. auf 7 v.H. erhöht. Für die Gemeinden besteht daher nunmehr die Möglichkeit, die Höhe des Erschließungsbeitrages in einem erweiterten Rahmen festzusetzen. Die Festsetzung

des Erschließungsbeitragssatzes hat sich jedoch weiterhin nach der von der Gemeinde konkret zu tragenden Straßenbaulast zu richten.

3. Verhältnismäßigkeitsformel:

Die Verhältnismäßigkeitsformel zur Berechnung des Bauplatzanteiles nach § 11 Abs. 2 TVAG gelangt grundsätzlich dann zur Anwendung, wenn auf einem Bauplatz für den noch kein Erschließungsbeitrag oder ein Erschließungsbeitrag nach diesem Gesetz oder nach früheren Rechtsvorschriften unter Zugrundelegung nur einer Teilfläche des Bauplatzes entrichtet wurde, auf dem aber bereits ein oder mehrere Gebäude bestehen, ein Neubau errichtet oder ein Gebäude so geändert, dass seine Baumasse vergrößert wird.

Im Falle eines gänzlichen Abbruchs des bestehenden Gebäudes und Neuerrichtung ist dieser nunmehr, sofern kein weiteres Gebäude als Altbestand bestehen bleibt, nicht als Änderung des Baubestandes, sondern als Neubau zu qualifizieren, weshalb § 9 TVAG für die Berechnung des Erschließungskostenbeitrages anzuwenden ist. Wurde in diesem Zusammenhang nach diesem Gesetz oder nach früheren Rechtsvorschriften ein Erschließungsbeitrag für eine Teilfläche bereits entrichtet, ist der Berechnung nach § 9 Abs. 2 TVAG ein entsprechend reduzierter Bauplatzanteil zu Grunde zu legen. Damit wurde klarstellt, dass als Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Verhältnismäßigkeitsformel die vorhandenen Gebäude auch im Fall eines Abbruchs zumindest teilweise bestehen bleiben müssen.

Weiters wurde vor dem Hintergrund der Judikatur des Landesverwaltungsgerichtes und den im Vollzug gewonnenen Erfahrungen klargestellt, dass Gebäude, deren Baumasse bei der Berechnung des Baumasseanteils nach § 9 Abs. 4 zweiter Satz TVAG zur Hälfte bzw. nur zu einem Viertel zu berücksichtigen war, auch nur in diesem reduzierten Ausmaß in die Berechnung nach der Verhältnismäßigkeitsformel des § 11 Abs. 2 TVAG einbezogen werden können.

49.

Novelle zum Gemeinde-Personalvertretungsgesetz

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 6. Oktober 2021 eine Novelle zum Gemeinde-Personalvertretungsgesetz beschlossen.

Im Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes waren bisher lediglich die Grundsätze für die Wahlen der Dienststellenpersonalvertretungen und der Zentralpersonalvertretung geregelt. Einen erheblichen Teil der Wahlvorschriften enthielt die Gemeinde-Personalvertretungswahlordnung.

Die Aufteilung der Wahlvorschriften auf Gesetz und Durchführungsverordnung hat sich in der Praxis als wenig zielführend erwiesen. Aus dem Umstand, dass die Wahlordnung nur selten geändert wurde ist schließlich abzuleiten, dass die ursprüngliche Intention, einen Teil

der Wahlvorschriften in einer im Vergleich zum Gesetz leichter und rascher abänderbaren Form, nämlich jener der Verordnung, zu erlassen, keinen praktischen Nutzen gebracht hat. Auf die dargestellte Zweiteilung des Normenbestandes wird daher künftig verzichtet und wurde der Normenbestand der Gemeinde-Personalvertretungswahlordnung gänzlich ins Gesetz übertragen.

Darüber hinaus wurde das Personalvertretungswahlrecht auf den Stand des Wahlrechts zu den allgemeinen Vertretungskörpern, insbesondere jenem der Tiroler Landtagswahlordnung 2017, aber auch auf den Stand des Wahlrechts nach dem Landes-Personalvertretungsgesetz 1994 gebracht werden.

50.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2021

Ertragsanteile an	2020	2021	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-558.745	-387.170	171.576	30,71
Lohnsteuer	19.026.752	10.874.618	-8.152.134	-42,85
Kapitalertragsteuer	1.392.134	1.820.022	427.888	30,74
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	698.252	1.251.542	553.290	79,24
Körperschaftsteuer	6.743.646	4.579.534	-2.164.113	-32,09
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	223	261	38	17,00
Stiftungseingangssteuer	4.706	40.001	35.295	749,96
Bodenwertabgabe	3.081	9.263	6.182	200,69
Stabilitätsabgabe	44.145	-8.835	-52.981	-120,01
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	27.354.194	18.179.235	-9.174.959	-33,54
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	18.421.232	24.033.259	5.612.027	30,46
Tabaksteuer	1.767.686	1.827.272	59.586	3,37
Biersteuer	161.441	181.409	19.968	12,37
Mineralölsteuer	2.347.228	3.905.300	1.558.072	66,38
Alkoholsteuer	147.335	142.493	-4.841	-3,29
Schaumweinsteuer	9.158	1.629	-7.528	-82,21
Kapitalverkehrsteuern	4	1.272	1.269	35630,45
Werbeabgabe	69.753	72.997	3.243	4,65
Energieabgabe	649.909	897.219	247.311	38,05
Normverbrauchsabgabe	541.613	416.708	-124.905	-23,06
Flugabgabe	14.562	64.915	50.353	345,79
Grunderwerbsteuer	12.814.122	15.424.472	2.610.351	20,37
Versicherungssteuer	1.094.092	1.181.662	87.570	8,00
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.296.200	2.438.315	142.114	6,19
KFZ-Steuer	7.715	11.011	3.295	42,71
Konzessionsabgabe	270.301	256.880	-13.421	-4,97
Summe sonstige Steuern	40.612.351	50.856.814	10.244.463	25,22
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe	67.966.545	69.036.049	1.069.504	1,57

Hinweis:

Bei der Lohnsteuer im November 2021 wurde der Sonder-Vorschuss gem. § 13 Abs. 4 FAG 2017 teilweise wieder einbehalten (Zweites Gemeindepaket).

51.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2021

Ertragsanteile an	2020	2021	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	28.979.668	39.313.409	10.333.741	35,66
Lohnsteuer	256.184.548	300.335.940	44.151.392	17,23
Kapitalertragsteuer	15.022.016	23.841.853	8.819.837	58,71
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.726.421	10.379.837	3.653.416	54,31
Körperschaftsteuer	63.914.421	76.839.624	12.925.204	20,22
Abgeltungssteuern Schweiz	-52	-162	-109	-208,91
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	-304	-304	-100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	4.707	2.585	-2.121	-45,07
Stiftungseingangssteuer	139.883	124.809	-15.073	-10,78
Bodenwertabgabe	589.572	571.685	-17.888	-3,03
Stabilitätsabgabe	1.014.389	883.518	-130.871	-12,90
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	372.575.572	452.292.795	79.717.223	21,40
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	204.623.916	223.099.091	18.475.176	9,03
Tabaksteuer	18.125.950	18.687.161	561.211	3,10
Biersteuer	1.632.484	1.800.774	168.290	10,31
Mineralölsteuer	34.240.015	36.432.231	2.192.216	6,40
Alkoholsteuer	1.311.426	1.436.475	125.049	9,54
Schaumweinsteuer	180.522	12.768	-167.753	-92,93
Kapitalverkehrssteuern	11.242	-14.196	-25.438	-226,28
Werbeabgabe	854.241	940.605	86.364	10,11
Energieabgabe	7.368.554	8.905.934	1.537.380	20,86
Normverbrauchsabgabe	4.139.289	4.097.509	-41.781	-1,01
Flugabgabe	333.078	239.335	-93.743	-28,14
Grunderwerbsteuer	123.489.134	151.397.555	27.908.422	22,60
Versicherungssteuer	11.548.964	11.968.875	419.912	3,64
Motorbezogene Versicherungssteuer	22.246.055	23.119.188	873.133	3,92
KFZ-Steuer	510.780	553.823	43.043	8,43
Konzessionsabgabe	2.137.035	2.850.226	713.191	33,37
Summe sonstige Steuern	432.752.685	485.527.356	52.774.671	12,20
Kunstförderungsbeitrag	135.168	135.774	606	0,45
Gesamtsumme	805.463.425	937.955.924	132.492.500	16,45
Zwischenabrechnung	-1.273.726	13.048.864	14.322.590	1124,46
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	804.189.699	951.004.788	146.815.090	18,26

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2021 (vorläufiges Ergebnis)		
	August 2021 (endgültig)	September 2021 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2020		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	103,0	103,5
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	111,4	112,0
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	123,4	124,0
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	135,1	135,8
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	149,4	150,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	157,2	157,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	205,5	206,5
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	319,4	321,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	560,6	563,4
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	714,3	717,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	716,7	720,2
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat September 2021 beträgt 103,5 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,5 Punkte (+ 3,3 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Link Statistik Austria</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck